

«Stillhalteabkommen» im Kampf der Kantone

FINANZAUSGLEICH Vor einem Jahr versprochen die Kantonsregierungen, ihren heftigen Streit um den Finanzausgleich zu beenden. Nun läuft ihnen die Zeit davon.

Im Ringen um den nationalen Finanzausgleich (NFA) halten sich zurzeit alle bedeckt. Alle? Nein. Einer nimmt Stellung: Heinz Tännler, Finanzdirektor des Kantons Zug, der pro Einwohner gerechnet weitaus am meisten in den NFA einzahlt. Er sagte gestern auf Anfrage, er hoffe auf eine rasche Einigung. Zug und die anderen Geberkantone seien weiterhin kompromissbereit. Aber: «Bis jetzt haben wir bei den Nehmerkantonen noch kaum ein Entgegenkommen festgestellt.» Die anderen angefragten Finanzdirektoren wollten keine Stellung nehmen. Einer sagte, es gebe ein «Stillhalteabkommen».

Zweite Verzögerung

Allzu lange darf die Stille aber nicht dauern. Die Zeit läuft. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) hat sich vor gut einem Jahr selber einen delikaten Auftrag erteilt. Sie will den Streit um den NFA beilegen, der im ersten Halbjahr 2015 zu wüsten Auseinandersetzungen im Bundeshaus geführt hatte. National- und Ständeräte feilschten wie auf dem Basar, weil sich die Kantone über die Auslegung der NFA-Regeln nicht einig waren (und noch immer sind).

So weit soll es nicht mehr kommen, fand die KDK und setzte eine Gruppe mit je drei Vertretern aus Nehmer- und Geberkantonen ein. Diese einigten sich in der Tat auf eine Reform des NFA. Doch die Ernüchterung folgte



«Die nehmen einfach unser Geld»: Heinz Tännler, Zug. *key*

bald: Ein Teil der Nehmerkantone lehnte den Vorschlag im Juni dann doch ab, weil sie Einbussen und folglich Sparpakete oder Steuererhöhungen befürchteten. Andere waren sehr skeptisch. So einigte man sich darauf, die vorgeschlagene Reform in einem Zusatzbericht zu vertiefen. Der liegt zwar noch gar nicht vor, doch die KDK musste ihren Zeitplan schon zum zweiten Mal anpassen. Es steht inzwischen fest, dass sie auch an der Vollversammlung diesen Dezember noch keinen Durchbruch feiern kann.

770 Millionen zu viel?

Doch die Uhr tickt. 2019 muss das Parlament erneut entscheiden, wie viel Geld in den folgenden vier Jahren in den NFA fliesst. Wenn die Kantone wollen, dass dannzumal neue Regeln gelten, müssen sie diese rasch vorlegen. Denn der Bund – mit 3,3 Milliarden Franken im Jahr grösster NFA-Sponsor – will selber auch vertiefte Analysen vornehmen, bevor er ein neues Regime mitträgt. Wenn die KDK zaudert oder scheitert, droht der NFA-Zwist zu eskalieren. Einen Vorgesmack gab der Zuger Tännler Anfang September, als er in der «Weltwoche» seinem Ärger über die Nehmerkantone freien Lauf liess: «Die nehmen einfach unser Geld. Das ist unanständig.»

Tännler meinte damit die Ausgleichszahlungen für 2017, die

GEBEN UND NEHMEN

Der Finanzausgleich 2017

Nehmerkantone	Auszahlung insgesamt	Auszahlung pro Einwohner
JU	160 Mio. Fr.	2247 Fr.
UR	78 Mio. Fr.	2161 Fr.
VS	663 Mio. Fr.	2025 Fr.
GL	71 Mio. Fr.	1789 Fr.
FR	398 Mio. Fr.	1369 Fr.
GR	268 Mio. Fr.	1328 Fr.
BE	1287 Mio. Fr.	1291 Fr.
SO	306 Mio. Fr.	1176 Fr.
AI	16 Mio. Fr.	1033 Fr.
AR	47 Mio. Fr.	883 Fr.
TG	226 Mio. Fr.	882 Fr.
SG	419 Mio. Fr.	858 Fr.
NE	142 Mio. Fr.	807 Fr.
LU	190 Mio. Fr.	491 Fr.
AG	259 Mio. Fr.	413 Fr.
OW	14 Mio. Fr.	397 Fr.
TI	48 Mio. Fr.	139 Fr.
SH	7 Mio. Fr.	89 Fr.
VD	39 Mio. Fr.	53 Fr.
BL	14 Mio. Fr.	50 Fr.
Geberkantone	Einzahlung insgesamt	Einzahlung pro Einwohner
ZG	341 Mio. Fr.	2913 Fr.
SZ	182 Mio. Fr.	1210 Fr.
NW	37 Mio. Fr.	893 Fr.
BS	109 Mio. Fr.	573 Fr.
GE	258 Mio. Fr.	554 Fr.
ZH	444 Mio. Fr.	314 Fr.

Finanzausgleich inklusive Ausgleich für soziodemografische und geotopografische Lasten.

Quelle: EFV

der Bundesrat gestern definitiv bestätigt hat. Aus Sicht der Geber sind sie klar zu hoch – aus Sicht des Bundesrats auch, doch ist er an die Vorgaben des Parlaments gebunden. Jedenfalls gehen die Beträge über das gesetzliche Mindestziel des NFA hinaus. Eigentlich müsste er die Finanzkraft des «ärmsten» Kantons nur auf 85 Prozent des Durchschnitts erhöhen. Zurzeit erreicht das Schlusslicht Jura aber 87,8 Prozent. Würde man den NFA auf das Minimum beschränken, müssten Zug, Zürich, der Bund und die anderen Geber 2017 total rund 770 Millionen Franken weniger abgeben. *Fabian Schäfer*